

<b>Sitzung/Gremium</b>	<b>am:</b>	
Kreisausschuss des Landkreises Friesland	<b>18.09.2019</b>	<b>nicht öffentlich</b>
Kreistag des Landkreises Friesland	<b>25.09.2019</b>	<b>öffentlich</b>

**Bezeichnung des Beratungsgegenstandes:  
Übertragung von Aufgaben nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) und dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) auf den Landkreis Leer durch Ergänzung einer bestehenden Zweckvereinbarung**

**Beschlussvorschlag:**

Der Beschluss des Kreisausschusses vom 12.12.2018 wird durch den Kreistag bestätigt.

(Vorlage 0574/2018:

Übertragung der Aufgaben aus dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG) und dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) auf den Landkreis Leer auf der Grundlage einer Erweiterung der bestehenden Zweckvereinbarung)

*Korrektur: „...und dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)...“  
nachträglich vervollständigt, da Beratungsgegenstand – Vr. 27.09.2019*

Finanzielle Auswirkungen: <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein						
Gesamtkosten der Maßnahmen (ohne Folgekosten)	Direkte jährliche Folgekosten	<b>Finanzierung:</b> Eigenanteil                      objektbezogene Einnahmen		Sonstige einmalige oder jährliche laufende Haushaltsauswirkungen		
€ XXXXX	€ XXXX	€ XXXX	€ XXXX	€ XXXX		
Erfolgte Veranschlagung: <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein						
im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt    Produkt- bzw. Investitionsobjekt: XXXX						
Vorlage betrifft die demografische Entwicklung: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein						
Falls ja, in welcher Art: XXXX						
Vorlage bezieht sich auf XXXX	MEZ    Nr. XXXXXX Titel:		HSP    Nr. XXXXXX Titel:			
Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	<b>Sichtvermerke:</b> Abteilungsleiter/in                      Kämmerei                      Landrat				
<b>Abstimmungsergebnis:</b>						
<b>Fachausschuss</b>	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.
<b>Kreisausschuss</b>	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.
<b>Kreistag</b>	einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:	Kts. gen.:	abw. Beschl.

### **Begründung:**

Mit Beschluss des Kreistages des Landkreises Friesland vom **10. Dezember 2008** (Vorlage 380/2008) wurde einer Zweckvereinbarung nach dem Niedersächsischen Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (NKomZG) zugestimmt, die die Gründung einer gemeinsamen Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene beim Landkreis Leer vorsah. Dieser Beschluss basierte auf stark rückläufigen Fallzahlen bei allen Fürsorgestellen der umliegenden Landkreise.

Am **24.03.2009** wurde die Zweckvereinbarung durch das Innenministerium genehmigt und die Fürsorgestelle errichtet, welche sich bis heute etabliert hat.

In der Sitzung des Kreistages vom **21.03.2012** (0046/2012) wurde mit Beschluss einer Übertragung von Aufgaben nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) auf die gemeinsame Fürsorgestelle in Leer zugestimmt – allerdings stand eine zentrale Übernahme der Aufgaben durch das Land im Raum, so dass von einer Umsetzung zunächst abgesehen wurde.

Aufgrund weiterhin sinkender Fallzahlen sollten diese zum Ende des Jahres 2018 wider Erwarten doch in Leer zentralisiert werden. Gleichzeitig sollten zudem Aufgaben nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet, kurz „Beruflichen Rehabilitierungsgesetz“ (BerRehaG) übertragen werden. Für die Übertragung dieser Aufgabenteile wurde bislang ein Beschluss des Kreisausschusses (**12.12.2018**, 0574/2018) an das Ministerium übersandt, der nach Prüfung von dort einer Bestätigung des Kreistages bedarf, vgl. §58 Abs. 1 Nr. 17 NKomVG.

Um diesen Beschluss wird gebeten.

### **Anlage(n):**

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Übertragung der Aufgaben nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG)